

frischen Eindruck der Märzstürme bei den Regierungen die Wahl eines deutschen Parlaments durchgesetzt.

Aber auch diese Versammlung erwies sich ihren revolutionären Aufgaben keineswegs gewachsen. Sie versäumte es, solange sie die Macht besaß, sich als souveräner Konvent aufzutun, spielte vielmehr durch die Wahl des österreichischen Erzherzogs Johann zum Reichsverweser die nationale Bewegung von vornherein in die Hände der Fürsten. Dann vertrödelte sie die kostbare Zeit durch endlose Debatten über die künftigen Grundrechte des Volkes. Aber wenn auch ein sehr mißgestaltetes, so blieb sie doch immer ein Kind der Revolution. Deshalb scharten sich nach der Eroberung Wiens und dem preußischen Novemberstaatsstreich alle noch widerstandsfähigen Elemente der Nation um sie, und so wurde sie für die Österreichische wie für die preußische Regierung ein Stein des Anstoßes, der unter allen Umständen weggeräumt werden mußte.

Jedoch befolgten die österreichische und die preußische Regierung ihr gegenüber nicht die gleiche Politik. Die österreichische Regierung wollte einfach den vormärzlichen Bundestag wiederherstellen, der ihr die Vorherrschaft über Deutschland sicherte, und sie konnte nur deshalb noch nicht offen mit ihren Absichten hervorrücken, weil sie durch den siegreichen Aufstand der Ungarn lahmgelegt wurde. Die preußische Regierung dagegen plante einen Leichenraub an der Revolution, indem sie die nationalen Einheitsbestrebungen mißbrauchen wollte, um sich die Vorherrschaft über Deutschland zu verschaffen. In der Tat ließ sich die Frankfurter Nationalversammlung herbei, die Reichsverfassung, die sie endlich in einer Reihe verworrener Fraktionskämpfe durchberaten und am 28. März 1849 endgültig beschlossen hatte, mit der Wahl des preußischen Königs zum deutschen Kaiser zu krönen. Als nun aber eine Deputation der Versammlung die papierne Krone nach Berlin brachte, sagte Friedrich Wilhelm IV. weder Ja noch Nein, sondern machte seine Annahme der Krone von der Zustimmung der deutschen Fürsten abhängig. Damit war wieder die Frage gestellt, wer in Deutschland souverän sei, die Fürsten oder das Volk. Die Frankfurter Nationalversammlung wurde gewaltsam auf den revolutionären Standpunkt zurückgeworfen, den sie nur zu ihrem Schaden verlassen hatte.

Leider erwies sie sich auch jetzt noch unfähig, revolutionäre Politik zu treiben und die stürmische Bewegung zu leiten, die noch einmal in der Nation zu erwachen begann. Sie beauftragte den Reichsverweser Johann, der offenen Verrat zugunsten Österreichs trieb, mit der praktischen Durchführung der Reichsverfassung, und faßte auch sonst allerlei lächerliche Beschlüsse, von denen sie selbst am besten wußte, daß sie nur Schläge ins Wasser waren. Im Gegensatz zu ihr wußte die preußische Regierung wenigstens reaktionär zu handeln. Sobald sie erkannte, daß namentlich die mittelstaatlichen Regierungen keineswegs geneigt waren, auf Grund der Reichsverfassung mit ihr zu unterhandeln, und daß die anschwellende Massenbewegung sich um die Reichsverfassung scharte, nicht wegen, sondern trotz des Hohenzollernschen Kaisertums, warf sie die Maske ab und brach offen mit der Nationalversammlung. Dagegen forderte sie diejenigen deutschen Regierungen, die mit ihr gemeinsam die deutsche Einheit zu gründen gewillt seien, zu gemeinsamen Konferenzen in Berlin auf, indem sie zugleich versprach, diesen Regierungen die erforderliche Hilfe „in gefährlichen Krisen“ zu leisten. Das heißt mit anderen Worten: die preußische Regierung bot sich den Mittel- und Kleinstaaten als Henker der Revolution an, in der Hoffnung, daß diese Staaten ihr dafür die Vorherrschaft über Deutschland zugestehen würden. Während die preußische Regierung rüstete, einen großen Teil der Landwehr einberief und gewaltige Truppenmassen namentlich in den westlichen Provinzen sammelte, fuhr die Nationalversammlung fort, Aufrufe zu erlassen und Beschlüsse zu

fassen, die rein nichts hinter sich hatten. Schließlich floh sie vor ihrem geliebten Reichsverweser von Frankfurt nach Stuttgart, wo sie wenigstens noch das Glück hatte, eines halbwegs anständigen Todes zu sterben, indem die württembergische Regierung sie mit Waffengewalt sprengte.

Die Berliner Rechnung hatte nun freilich auch ein großes Loch. Die mittel- und kleinstaatlichen Regierungen nahmen* dankbar die preußische Waffenhilfe gegen die Revolution an, aber sie dachten nicht daran, den Preis zu zahlen, den der Hohenzollernsche Appetit dafür verlangte. Mit Mühe und Not wurden die Königreiche Hannover und Sachsen zu dem sogenannten Drei-Königs-Bündnis gepreßt, das genau so lange währte, wie die Not der beiden Mittelstaaten. Die Verfassung dieses neuen Bundes, die niemals ins Leben getreten ist, würde heute keine Erwähnung mehr verdienen, wenn sie nicht der preußischen Bevölkerung ein sehr häßliches Erbstück hinterlassen hätte, nämlich die Dreiklassenwahl. Während die Frankfurter Reichsverfassung immerhin am allgemeinen, gleichen, geheimen, wenn auch indirekten Wahlrecht festgehalten hatte, sollte nunmehr zwar das allgemeine Wahlrecht fortbestehen, aber dadurch zu einer widerlichen Karikatur verzerrt werden, daß es wieder gleich, noch geheim blieb.

Zugleich mit der Verkündung des Dreiklassenwahlrechts in der spukhaften Verfassung des Dreikönigsbündnisses wurde es durch einen widergesetzlichen Gewaltstreich für den preußischen Staat oktroiert, wo seit dem 8. April 1848 das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht feierlich, als Landesgesetz verkündet worden war. Die Bourgeoisie fügte sich in ihrer Masse dem Schlage, den ihr die preußischen Junker ins Gesicht versetzten. Dieselben liberalen Staatsmänner, die Ende März 1849 in Frankfurt die Reichs Verfassung beschworen hatten, als ein Palladium, woran nicht mehr gedeutelt und gedreht werden dürfe, fanden sich ein Vierteljahr später, Ende Juni 1849, in Gotha zusammen und beschlossen mit gleicher Wucht, den Leichenraub der preußischen Regierung an der deutschen Revolution anzuerkennen, einschließlich der Dreiklassenwahl...

Die einzigen Lichtblicke in diesem traurigen Niedergange der Revolution waren die Aufstände, in denen um die Reichsverfassung gekämpft wurde. Sie waren von vornherein aussichts- und hoffnungslos, aber sie retteten wenigstens die Ehre der Revolution. Es geschah namentlich, wo sich die Arbeiter an ihnen beteiligten, denen es nicht auf den sehr mäßigen Liberalismus der Verfassung und noch viel weniger auf den Hohenzollernschen Erbkaizer, sondern nur darauf ankam, die Souveränität des Volkes gegenüber dem fürstlichen Despotismus zu verteidigen. Diese Aufstände, die in Dresden, an einzelnen Orten der preußischen Rheinlande, am umfangreichsten aber in Baden und in der bayrischen Rheinpfalz ausbrachen, wurden überall durch preußische Truppen niedergeschlagen, unter den furchtbaren Greueln, die immer und an jedem Ort den Sieg der sogenannten Ordnung begleiten.

In der Reichsverfassungskampagne fiel dann auch das einzige Blatt, daß sich im ganzen Verlaufe der deutschen Revolution stets auf der Höhe der Ereignisse gehalten hatte, die „Neue Rheinische Zeitung“, die von Karl Marx, Friedrich Engels und ihren nächsten Gesinnungsgenossen in Köln gegründet und geleitet worden war. Marx wurde als angeblicher Ausländer aus dem preußischen Staat ausgewiesen, und gegen die übrigen Redakteure waren mehr als zwei Dutzend Preßprozesse anhängig, so daß die Zeitung ihr Erscheinen einstellen mußte. Ihre letzte, rot gedruckte Nummer erschien am 19. Mai 1849, mit dem berühmten Abschiedsliede Ferdinand Freiligraths:

Au* Franz Mehring : „Deutsche Gschichte“